Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 21 (2001)
Heft: 41

Vorwort: Editorial
Autor: P.F. / W.S. / U.S.

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Editorial

> Wer den Geist nicht verträgt, beruft sich auf das Blut. Die Nation soll eine „Blutgemeinschaft" sein. Das Leben selbst ist gegen Nationalismus. Alle lebenden Tatsachen und Forderungen haben schlechthin den Sinn des Übernationalen.
>
> Heinrich Mann, Der Hass, 1933

Die verbrecherischen Terroranschläge am 11. September 2001 in New York und Washington und der Beginn der Militäraktion der US-Streitkräfte und ihrer europäischen Bündnispartner am 7. Oktober in Afghanistan gegen den „internationalen Terrorismus" haben schlagartig die internationale Politik militarisiert. US-Präsident G.W. Bush kündigte einen „langen Krieg" an: „Jede Nation muss eine Entscheidung treffen. In diesem Konflikt gibt es keine Neutralität. (...) Wir sind eine friedliche Nation. Doch, wie wir so plötzlich und tragisch lernen mussten, gibt es keinen Frieden in einer Welt, in der der Terror plötzlich ausbrechen kann. Angesichts der neuen Herausforderung von heute ist der einzige Weg, Frieden zu suchen, die zu verfolgen, die ihn bedrohen. Wir haben diese Mission nicht gewollt, aber wir werden sie erfüllen. (...) Frieden und Freiheit werden sich durchsetzen. Möge Gott Amerika weiter segnen." (FAZ, 9.10.01)

Die Kriegserklärung von Bush als Reaktion auf die Terroranschläge galt Osama bin Laden, seiner Al Qaeda-Organisation und dem Taliban-Regime in Afghanistan. „Die Amerikaner", so bin Laden bereits 1996, „führen Krieg gegen den Islam und gegen alle Moslems überall auf der Welt. Jeder Amerikaner ist unser Ziel, weil er der amerikanischen Kriegsmaschinerie gegen die islamische Nation hilft." Und im Aufruf auf dem Sender Al Dschazira hielt bin Laden fest: „Diese Ereignisse (Nairobi, Daressalam, Irak) haben die ganze Welt in zwei Lager geteilt: das Lager der Gläubigen und das Lager der Ungläubigen. Jeder Muslim muss danach drängen, seiner Religion zum Sieg zu verhelfen. Der Sturm des Glaubens ist gekommen. (...) Weder Amerika noch die Menschen, die dort leben, werden von Sicherheit träumen, bevor wir diese in Palästina erleben und bevor alle ungläubigen Armeen das Land Mohammeds verlassen, Friede sei mit ihm. Gott ist gross, möge der Stolz mit dem Islam sein."(AP/FAZ, 9.10.01)

Im afghanischen Widerstand gegen die sowjetische Besatzung unterstützten die USA in den achtziger Jahren bin Laden und die Taliban-Bewegung, eine Mischung aus paschtunischem Nationalismus und radikalem „Islamismus". Seit dem Ende des Kalten Krieges, dem Sieg des Westens über das „Reich des Bösen", arbeiteten sie am neuen Feindbild „Islamischer Terrorismus". Nach dem Schock vom 11. September dann der Rachefeldzug, dem sich unter Umgehung der UNO-Entscheidungsinstanzen und bei zugesicherter Beistandspflicht der NATO Staaten der „westlichen Wertegemeinschaft" anschlossen. Die seit dem zweiten Golfkrieg vom Pentagon verfolgten Strategien der „Exterritorialisierung des Krieges"

und der Geopolitik der USA sind bekannt. Ziel ist, im „nationalen Interesse" knapper werdende Ressourcen zu sichern, die Kontrolle über Öl- und Gasvorkommen in Zentralasien zu gewinnen.

Gleichzeitig werden mit der unheiligen „Anti-Terror-Allianz" auch Staaten wie Russland, China, Sudan, Algerien, Saudi-Arabien, Türkei, Kolumbien und Israel nochmals in ihrer Politik der „nationalen Sicherheit" bestärkt, die „Terrorismusbekämpfung" im eigenen Lande zu intensivieren. Hinweggesehen wird über ihre Menschenrechtsverletzungen, über Folter, Repression und Liquidierungen – so wie die „unvermeidbaren Kollateralschäden", die Toten in der Zivilbevölkerung und die Zerstörung der Sozialstrukturen und Spitäler durch Bombardierungen in Afghanistan, hingenommen werden.

Die „Militäraktion" der Kriegstreiber gegen die „Heerscharen der Scharia" vergrössert das Flüchtlingselend und riskiert die Eskalation des Regionalkonfliktes und die Destabilisierung der arabischen Welt mit unabsehbaren weltweiten Auswirkungen. Die USA reagieren auf die Terroranschläge, so der amerikanische Politologe Ch. Johnson, wie „ein imperialistischer Rabauke" auf dem Weg zur Zementierung der globalen Vorherrschaft. Die Ursachen des Hasses auf die Arroganz der „einzigen Weltmacht" in den arabischen Ländern werden nach wie vor verdrängt.

Nicht nur in der zentralasiatischen Region, auch in Staaten Europas hat nach 1991 die Stunde der Nationalisten und Militaristen geschlagen. François Mitterrands Menetekel „Nationalismus heisst Krieg", ausgesprochen damals mit Blick auf die sich anbahnenden Konflikte in Jugoslawien, ging unter. Der zweite Golfkrieg, der unter Führung der USA im Namen einer „Neuen Weltordnung" 1991 begann, sollte nach dem atomaren Patt die US-amerikanische „Kriegsführungsfähigkeit" zurückgewinnen.

Auf dem politischen und theoretischen „Feld des Nationalismus" (Balibar/Wallerstein) kämpfen unterschiedliche alte und neue Nationalismen um die Köpfe der Massen. Globalisierung und Denationalisierung der Wirtschaft sowie Schwächung des Nationalstaates zugunsten des Wettbewerbstaates gehen in den westlichen Wohlfahrtsstaaten mit einer Renationalisierung der Politik und einer Ideologisierung der Nation einher.

Die Wahlerfolge der rechtspopulistischen, rechtsnationalistischen und postfaschistischen Parteien in Westeuropa stärken den aggressiven Nationalismus, Antisemitismus und Ausländerhass, ganz besonders in rechtsextremen Organisationen und Netzwerken. Die Gewalttaten und Morde aus fremdenfeindlichen und rassistischen Motiven haben in Deutschland in den Jahren 1999/2000 um 60 Prozent zugenommen. Und 68 Prozent der Deutschen lehnen mehr Zuwanderung ab. Entwicklungstendenzen, die sich auch in der Schweiz und in EU-Ländern abzeichnen.

Die Strategien einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, der Armutsbekämpfung und des Anti-Rassismus erfordern das Nachdenken über Nation, Nationalstaat und Nationalismus.

P.F. /W.S./U.S.